



NR°2
Mai 2021

AKZENTE.

Aktuelle Informationen der Evangelischen Volkspartei



Foto: pixabay.com

FÜR MENSCH UND UMWELT: WIR HABEN EIN NEUES CO₂-GESETZ – ENDLICH!

A.Z.B.
3001 Bern

Im zweiten Anlauf hat es dann doch noch geklappt: Das Parlament hat im September 2020 das dringend notwendige CO₂-Gesetz verabschiedet. Nachdem vor den letzten Wahlen SVP, FDP und Teile der CVP das CO₂-Gesetz derart verwässert hatten, dass es schliesslich vom Parlament versenkt wurde, kommt nun ein gut austarierter Kompromiss zur Abstimmung. Die EVP unterstützt das Gesetz ohne Wenn und Aber. (rr)

Der Klimawandel ist eine Tatsache, ebenso der Einfluss der Menschheit auf diese raschen Klimaveränderungen. Langsam setzt sich die Einsicht durch: Zuschauen ist keine Lösung. Nichtstun und im Anschluss die Folgen bekämpfen wird wesentlich teurer, als jetzt zu handeln und den CO₂-Ausstoss massiv zu senken. Leider gehört die Schweiz nicht, wie oft behauptet, zu den Weltmeistern bei der CO₂-Reduktion. Ihr Ziel, bis 2020 den CO₂-Ausstoss im Inland gegenüber 1990 um 20% zu senken, dürfte sie voraussichtlich nicht erreicht haben. Denn bis 2019 konnte sie diesen lediglich um 14% reduzieren. Im Gebäudesektor gelang zwar

eine Reduktion um 34%, im Verkehr jedoch kam es gar zu einer Zunahme um rund 1%. Mit einem Anteil von mehr als einem Drittel am gesamten CO₂-Ausstoss ist der Verkehr nach wie vor Hauptemittent für die Treibhausgase in der Schweiz. Die Reduktion im Industriesektor um 14% gegenüber 1990 indes ist trügerisch. Denn durch Auslagerung der Industrieproduktion und Güterimporte fällt ein grosser Teil des durch die Schweiz verursachten CO₂-Ausstosses im Ausland an und erscheint daher nicht in unserer Bilanz. Gleiches gilt für den internationalen Flug- und Schiffsverkehr, der in den letzten Jahren deutlich zunahm, oh-

ne dass er in den gängigen Statistiken erscheint.

Wir sind also noch weit davon entfernt, auch nur unsere bisherigen Ziele zu erreichen. Gleichzeitig hat sich die Schweiz mit dem Pariser Abkommen dazu bekannt, bis 2050 die Treibhausgasemissionen auf Netto-Null zu reduzieren und dadurch mitzuhelfen, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius, mit Zielwert 1.5 Grad Celsius zu begrenzen. Für 2030 heisst dies nun, den CO₂-Ausstoss gegenüber 1990 zu halbieren. Ein ambitioniertes Ziel! Das neue CO₂-Gesetz bietet jedoch endlich das entsprechende Instrument dafür. Packen wir es an!

DESIGNIERT

4 - 5

Die designierte Präsidentin Lilian Studer über politische Baustellen, Pläne, ihren Führungsstil und ihre Träume.

UMSTRITTEN

8 - 9

Schutz von Gesundheit und Biodiversität oder Gefahr für die inländische Lebensmittelproduktion: Die Agrarinitiativen.

ENGAGIERT

12

Frauen zwischen Familie, Beruf und Politik. Die EVP-Frauentagung ermutigt Frauen zum politischen Engagement.

EDITORIAL



LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER

Mit diesem Editorial verabschiede ich mich von euch als Präsidentin der Evangelischen Volkspartei der Schweiz. Ich habe dieses Amt mit Herzblut und Freude ausgeübt. Als Präsidentin konnte ich eure Interessen und somit die Interessen

und Anliegen tausender gleichgesinnter Frauen und Männer in unserer Gesellschaft vertreten. Die Interessen und Werte von Parteimitgliedern und Sympathisierenden, die überzeugt sind, dass sich der christliche Glaube in konkretem politischem Engagement ausdrücken muss. Die sich auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene aktiv einsetzen für Schwache und Benachteiligte, für den Erhalt der Schöpfung, für Eigenverantwortung und eine ethische Wirtschaft. Das heisst: Für Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Menschenwürde!

Ich konnte mich dafür einsetzen, dass unsere Partei wahrgenommen und unsere Politik gehört und vertreten wird. Eine verantwortungsvolle und äusserst spannende Aufgabe! Präsidieren heisst führen, leiten, lenken, befehlen, beaufsichtigen und nicht zuletzt auch den Ton angeben.

Wenn dies gelingen soll, braucht die Person an den Schalthebeln des «Parteistellwerks» eine solide Infrastruktur und vor allem verlässliche, kompetente und professionell tätige Mitarbeitende auf der Geschäftsstelle sowie motivierte, buntgemischte und konsensorientierte Mitdenkende in Geschäftsleitung und Parteivorstand. Auf all das durfte ich in meiner siebenjährigen Präsidentschaft zählen.

Das EVP-Schiff blieb bei Wind und Wetter auf Kurs und wurde auf dem Gurten sogar zum Partydampfer. In meinen Gefühlen heute dominiert deshalb eine tiefe Dankbarkeit. DANKE euch allen, die ihr mit mir an Bord wart. Mit dieser Crew und Reederei wird die EVP Schweiz auch weiterhin unter ihrer bewährten Flagge in See stechen.

Ich wünsche der designierten Präsidentin Freude, Gesundheit und Energie im Amt und dazu Gottes Schutz, Halt und Segen. Ich freue mich, weiterhin im Nationalrat aktiv für euch an Deck zu sein.

«Bhüet öich Gott u danke für aus.»

Herzlich

Marianne Streiff

Marianne Streiff

IMPRESSUM

AKZENTE: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)
Das Abonnement erneuert sich jährlich automatisch, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr
Herausgeber: EVP Schweiz, PF, 3001 Bern, 031 351 71 71, info@evppev.ch, evppev.ch
Chefredaktion und Grafik: Dirk Meisel (dm)
Adressen und Aboverwaltung: Sara Schnegg

Druck und Vertrieb: Jordi AG, Belp
Copyright: Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet.
An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Nik Gugger, Susanne Gutbrod, Elia Leiser, Dirk Meisel (dm), Roman Rutz (rr), Peter Rytz, Sara Schnegg (Lektorat), Philippe Siraut, Michael Straub, Marianne Streiff, Barbara Streit-Stettler, Lilian Studer **Herzlichen Dank allen!**

PAROLEN

Beschlossen von der Delegiertenversammlung vom 20. März 2021 online für die Abstimmungen vom 13. Juni 2021:



Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)

JA



Bundesgesetz über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO2-Gesetz)

JA



Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)

JA



Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung - Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» (Trinkwasserinitiative)

JA



Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» (Pestizid-Initiative)

JA

EVP SOCIAL MEDIA



facebook.com/evppev



@evppev



evppev

ClimatePartner
klimaneutral

Druck | ID: 53458-1410-1071

KOMMENTAR



Die Jugend fördern!

Trotz der COVID-Krise bleibt es eine wichtige Aufgabe, in unsere Jugend zu investieren, ihre Interessen zu wecken und sie in ihren Talenten zu unterstützen.

Gerade in einer Krise ist es jedoch schwer, ein Praktikum oder einen Ausbildungsplatz zu finden. Viele Studierende möchten ihre Fähigkeiten, ihr Engagement einbringen, erhalten jedoch keine Chance dazu. Viele Geschäftstätige wollen keine Ressourcen für neue Mitarbeitende oder für den Nachwuchs aufwenden. Auch in normalen Zeiten zählt inzwischen vorrangig der kurzfristige Profit. Das ist ein grosses Problem für unsere Gesellschaft. Als Sozialunternehmer freut es mich deshalb umso mehr, dass ich in dieser schwierigen Zeit gleich zwei Studierenden ein Praktikum im Bereich Politik und internationale Beziehungen ermöglichen kann.

So kann ich mein Wissen und meine Fähigkeiten weitergeben und gleichzeitig den Nachwuchs darin unterstützen, sein junges Engagement einzubringen. Mein Appell: Geben wir doch jungen Menschen nicht nur eine produktive Beschäftigung, sondern stehen wir ihnen auch als Mentor mit Rat und Tat zur Seite und begleiten sie in ihrer Entwicklung.

Eine solche Mentalität des sozialen Unternehmertums sollte in der Schweiz gerade in Corona-Zeiten stärker kultiviert und gelebt werden.

NIK GUGGER, NATIONAL-RAT, VIZEPRÄSIDENT EVP CH
nik.gugger@parl.ch

EIDGENÖSSISCHE VOLKSABSTIMMUNG I: COVID-19-GESETZ

JA ZUR ABFEDERUNG DER PANDEMIE

Am 13. Juni steht der Entscheid zum Referendum gegen das Covid-19-Gesetz an. Die EVP-Delegierten stellten sich an ihrer Online-Versammlung am 20. März mit 94 zu 7 Stimmen bei 8 Enthaltungen deutlich hinter das Gesetz. Ein Nein würde nur all diejenigen nochmals bestrafen, die bereits massive wirtschaftliche Folgen der langanhaltenden Schliessungen tragen müssen. Auch die umfangreichen Abfederungsmassnahmen im Rahmen der seitherigen Revisionen würden abgewürgt.

Das Covid-19-Gesetz regelt die besonderen Befugnisse des Bundesrates zur Bewältigung der massiven Auswirkungen der Pandemiebekämpfung, also vor allem auch die Massnahmen, die beschlossen wurden, um die harten Konsequenzen für Wirtschaft und Gesellschaft wenigstens abzufedern. Dabei handelt es sich um Massnahmen etwa in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Arbeitnehmerschutz, Erwerbsausfall, Härtefallmassnahmen oder Arbeitslosenversicherung, aber auch im Bereich der politischen Rechte, im Ausländer- und Asylwesen, in der Versorgungssicherheit oder in den Bereichen Kultur, Medien und Sport.

Nationalrat (153 : 36) und Ständerat (44:0) hatten das Gesetz im September 2020 mit überdeutlichen Mehrheiten angenommen. Es trat als dringliches Gesetz unmittelbar in Kraft und gilt noch bis 31.12. 2021.

Mehrfach nachgebessert

Bereits in der Wintersession 2020 hat man es der epidemologischen Lage angepasst und etwa das Budget für Härtefälle von 600 Millionen auf 2,5 Milliarden erhöht. In der Frühjahrsession wurde das Gesetz erneut revidiert. Insbesondere bedurfte es wiederum einer Erhöhung der Mittel für die kantonalen Härtefallprogramme auf insgesamt 10 Milliarden und eine gesetzliche Anpassung des finanziellen Anteils des Bundes auf rund zwei Drittel. Das Parlament nahm zusätzlich zu den Vorschlägen des Bundesrates auch noch weitere Anpassungen vor. Es verankerte unter anderem verschiedene Grundsätze im Gesetz, an denen der Bundesrat künftig seine Corona-Politik ausrichten soll. So soll seine Strategie in Zukunft auf «die mildest- und kürzest mögliche Einschränkung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens» abzielen. Vor einer Schliessung sollen erst alle anderen Möglichkeiten aus-



Foto: pixabay.com

Das Covid-19-Gesetz stellt umfangreiche Abfederungsmassnahmen für die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie bereit.

geschöpft worden werden, wie Schutzkonzepte, Test- und Impfstrategien sowie die Kontaktverfolgung.

Sonntagsverkäufe verhindert

Mit den Stimmen der EVP konnte verhindert werden, dass 24 zusätzliche verkaufsoffene Sonntage ins Gesetz geschrieben wurden. Eine

deutliche Mehrheit in den Räten sprach sich auch dagegen aus, einen fixen Öffnungstermin jenseits der epidemologischen Lage im Gesetz zu verankern.

LILIAN STUDER, NATIONALRÄTIN EVP
lilian.studer@parl.ch

WAS SPRICHT DAFÜR?

• Besondere Befugnisse zur Pandemie-Bekämpfung:

Das Gesetz regelt die besonderen Befugnisse, die der Bundesrat brauchte, um die verheerenden Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Wirtschaft und Gesellschaft abzufedern.

• Nein bestraft die Falschen:

Ein Nein zum Gesetz würde all diejenigen nochmals bestrafen, die bereits heute die wirtschaftlichen Folgen der Schliessungen zu tragen haben. Auch die zusätzlich beschlossenen umfangreichen Abfederungsmassnahmen für viele Bereiche der Wirtschaft und Gesellschaft würden gestoppt. Das Gesetz ist definitiv das falsche, um ein Zeichen gegen die

Corona-Massnahmen zu setzen.

• **Klare Befristung:** Das Gesetz ist klar befristet und endet zum 31.12.2021. Wenn das Gesetz abgelehnt wird, laufen alle Massnahmen bereits am 25. September 2021 aus. Dies betrifft auch alle Abfederungsmassnahmen, die im Rahmen der zwei Gesetzesrevisionen beschlossen wurden.

• **Klare strategische Grundsätze:** Das Parlament hat mit der letzten Revision klare strategische Grundsätze im Gesetz verankert, an denen sich die Corona-Politik des Bundesrates orientieren muss. Auch die Beteiligung von Parlament und Kantonen ist geregelt.

«DIE WERTEGRUNDLAGE, AUF DER WIR POLITIK BETREIBEN, IST UNVERGÄNGLICH.»

Der Parteivorstand hat EVP-Nationalrätin Lilian Studer zur Wahl für das Parteipräsidium der EVP Schweiz an der Delegiertenversammlung im Juni vorgeschlagen. Sie soll die Nachfolge von Nationalrätin Marianne Streiff antreten, die nach sieben Jahren nicht mehr antritt. Im grossen Interview spricht Lilian Studer über die aktuellen Baustellen der Schweizer Politik, ihren Führungsstil, die ersten 100 Tage im Amt und ihre Träume für die EVP Schweiz.



Lilian Studer
Nationalrätin und designierte
Parteipräsidentin EVP Schweiz

Lilian, der Parteivorstand hat dich einstimmig für die Wahl zur neuen Präsidentin der EVP Schweiz nominiert. An der DV im Juni wirst du voraussichtlich zur Parteipräsidentin gewählt. Wie fühlst du dich?

Ich habe mir eine Weile Zeit genommen, um mir diese Anfrage zu überlegen. In meiner Lebensplanung hatte ich mir schon vieles überlegt, aber bestimmt nicht nach dem Präsidium der jevp* auch noch das Prä-

sidium der EVP Schweiz zu übernehmen. Auch bin ich ja gerade erst vor noch gar nicht langer Zeit in den Nationalrat gewählt worden. Somit kam es für mich überraschend, mich mit diesem Gedanken auseinanderzusetzen. Nun bin ich froh, dass ich für mich zu einer Antwort, eben zu einem Ja, gefunden habe. Gefreut habe ich mich natürlich, dass man mir dies zutraut und man mich zur Kandidatur motivierte. Jetzt bin ich gespannt auf die Aufgabe, aber zuerst muss ich noch gewählt werden.

Du wirst immer wieder auf die Fussstapfen deines Vaters Heiner Studer angesprochen – erst die erfolgreiche Kantonspolitikerin, dann der Einzug in den Nationalrat, nun das Parteipräsidium – was löst das bei dir aus?

Er wird auch auf mich angesprochen. Es sieht nach einem ähnlichen Werdegang aus, das stimmt. Doch wer seine Person in mir sieht, sollte mich besser nicht zur Präsidentin wählen. Denn dann wird man weder ihm noch mir gerecht.

Als Parteipräsidentin wirst du auch in der nationalen Politik stärker in den Fokus genommen werden. Nicht zuletzt die Covid-19-Krise hat in einigen Bereichen schonungslos Handlungsbedarf offengelegt. Wo siehst du die grössten und dringendsten Baustellen für die schweizerische Politik?

Die Pandemie-Situation wird uns noch eine Weile beschäftigen. Je nach Situation müssen wir wieder

einen Digitalisierungsschub erleben, nicht nur aufgrund der Lücken, welche die Pandemie aufgedeckt hat. Es ist sehr wichtig, dass wir die AHV-Diskussion führen, die nun neu lanciert ist. Falls das Rahmenabkommen nicht zustande kommt, wirft unser Verhältnis mit der EU weitere Fragen auf – auch wenn die Bilateralen Verträge weiter bestehen. Im Gesundheitssektor stehen weiter ungelöste Fragen im Raum wie etwa genügend Personal (Ärzte,

«Es ist sehr wichtig, dass wir die AHV-Diskussion führen, die nun neu lanciert ist.»

Anpassungen vornehmen oder über Massnahmen entscheiden. Ich denke da auch an eine höhere Arbeitslosenquote und psychische Belastungen, die uns noch länger begleiten werden. Auch braucht es eine gründliche Aufarbeitung der ganzen Pandemie-Politik und allenfalls entsprechende Schlüsse daraus. Sicher werden wir gesamthaft

Pflegefachpersonen) oder der stetige Anstieg der Kosten und Prämien. Beim Klimaschutz ist das CO₂-Gesetz eine erste wichtige Grundlage, um unseren Teil im Kampf gegen die Klimaerwärmung umzusetzen, aber es werden weitere Schritte auf uns zukommen.

Auch unter Christen löst der Kampf gegen die Covid-19-Pandemie Ängste und Unmut aus. Wie können wir als Partei mit christlichem Wertefundament in dieser Krise den Unterschied machen?

Die Massnahmen sind so einschneidend wie das Virus. Weltweit wurde unser Leben auf den Kopf gestellt. Ich kenne auch die ganze Palette an Meinungen. Momentan ist es sicher keine einfache Aufgabe, Entscheidungen zu treffen. Es gilt, das Gesamte im Blick zu behalten und eine gute Balance zu finden zwischen den epidemiologisch notwendigen Massnahmen sowie deren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen. Trotz auch gemachter Fehler und für alle nicht immer nachvollziehbarer Entscheide halte ich es für zentral, dass wir dem Bundesrat einerseits weiterhin Rücken- deckung geben und ihn anderer-



Fotos: Rebekka Suter

Freut sich über das Vertrauen der Nomination und ist gespannt auf die Aufgabe, die auf sie zukommt: Die designierte Parteipräsidentin Lilian Studer.

IM GESPRÄCH: DIE DESIGNIERTE PARTEIPRÄSIDENTIN LILIAN STUDER

seits auch auf verursachte Probleme oder übersehenen Handlungsbedarf hinweisen.

Du wirst wahrscheinlich im Juni nach der Wahl dein Amt als Parteipräsidentin der EVP Schweiz antreten. Was wirst du in den ersten 100 Tagen im Amt in Angriff nehmen?

In den ersten 100 Tagen werde ich mir zuerst einmal einen Überblick verschaffen müssen. Dazu bin ich bereits jetzt mit unterschiedlichsten Personen im Austausch. In einer Klausur mit der Geschäftsleitung wollen wir dann im Juni konkretere Schritte definieren. Die Ziele fürs Jahr 2021 hat ja der Parteivorstand bereits gesetzt. Die entsprechenden Aufgaben, Massnahmen und Projekte müssen wir weiterbearbeiten.

Jeder Präsident, jede Präsidentin bringt seinen oder ihren eigenen Führungsstil mit. Wie führt Lilian Studer?

Wie bereits erwähnt, verschaffe ich mir grundsätzlich gerne erst einmal einen Überblick, tausche mich mit den Menschen aus über die Gegebenheiten und Abläufe, einfach um erst einmal selbst zu verstehen. Dann muss ich selber eine Vision oder Idee davon entwickeln, wohin es gehen soll, was Schwerpunkte sein könnten oder wo ich Entwicklungs- und Veränderungspotenzial sehe. Dieser Prozess muss selbstverständlich auch in Zusammenar-



Sucht die respektvolle Diskussionskultur und wägt Pro und Contras gut gegeneinander ab: Lilian Studer.

beit passieren. Eine gemeinsame Ausrichtung ist enorm zentral, um daraus dann die Massnahmen abzuleiten und umzusetzen. Ich bin sicher auch jemand, die immer wieder versucht, die Vogelperspektive einzunehmen. Dabei kommen mir meist die guten Gedanken. Grundsätzlich pflege ich sicher einen eher kooperativen Führungsstil. Ein konkretes Anliegen ist für mich, die beiden Vizepräsidenten gut einzubinden. Sie haben Fähigkeiten, die ich nicht zwingend habe.

Wenn du dich selbst beschreiben würdest: Was für ein Mensch ist Lilian Studer? Wo siehst du deine Stärken? Wo bist du froh um Ergänzung?

Ich bin sicher eine lebensfreudige Person mit unterschiedlichsten Interessen und Begabungen. Ich habe eine ausgeglichene und kooperative Art, suche die respektvolle Diskus-

auf, die EVP hoffentlich um einiges besser kennenzulernen und mit allen Mitgliedern einiges zu bewegen. Das 100-jährige Jubiläumsgeschehen gab gerade auch für unsere Motivation

«Ich träume von mehr gewählten EVP-Mitgliedern, die sich auf Gemeinde-, Kantons- oder Bundesebene engagieren dürfen und eine gute Rückendeckung seitens ihrer Partei erhalten.»

sionskultur und möchte Pro und Contras gut gegeneinander abwägen. Ich arbeite gerne strukturiert mit klaren Arbeitsabläufen und Zielen. Ich bin sicher Realistin, auch wenn ich eine Vision, ein Ziel brauche, das mich antreibt, weil ich es gerne erreichen möchte.

Die EVP ist deine politische Heimat, du bist in ihr politisch gross geworden, kennst sie in- und auswendig. Wie würdest du den Zustand der über 100-jährigen «Petite Dame» der Schweizer Politik beschreiben? Wo siehst du Potenziale für Optimierung und Weiterentwicklung? Wie sieht die EVP in 5 Jahren aus, von der du träumst?

Ich kenne die EVP ganz gut, aber bei Weitem nicht in- und auswendig. Ich bitte unsere Mitglieder schon jetzt um Entschuldigung, wenn ich nicht alle gleich auf Anhieb kenne oder noch einmal nach dem Namen fragen muss. Aber ich freue mich dar-

einen guten Startschuss ins neue Jahrhundert. Die Wertegrundlage, auf der wir Politik betreiben und uns für die Gesellschaft und unser Zusammenleben einsetzen wollen mit ihrem Fokus auf Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Menschenwürde ist unvergänglich. Aber wie wir unsere Arbeit leisten, welche Inhalte wir lancieren, wie wir kommunizieren, wie wir neue Menschen für unsere Anliegen und somit für die Partei gewinnen und sie befähigen, dies wird uns in kommender Zeit besonders herausfordern. Ich träume sicher noch von mehr gewählten EVP-Mitgliedern, die sich auf Gemeinde-, Kantons- oder Bundesebene engagieren dürfen und auch eine gute Rückendeckung seitens ihrer Partei erhalten.

.....
INTERVIEW: DIRK MEISEL,
LEITER KOMMUNIKATION EVP CH
dirk.meisel@evppev.ch
.....



Eine Realistin, die eine Vision und Ziele braucht.

DELEGIERTENVERSAMMLUNG

FÜNFMAL JA

Auch die 102. ordentliche Delegiertenversammlung musste pandemiebedingt online stattfinden. Vor der Mammutabstimmung im Juni galt es fünf wichtige Geschäfte zu behandeln.

Die Delegierten fassten mit klarer Mehrheit die Ja-Parole zum CO2-Gesetz. Auch sagten sie Ja zur Trinkwasser- und zur Pestizidinitiative. Beim Klimaschutz, so die Auffassung, haben wir keine Zeit mehr zu verlieren. Angesichts von Blockade-

haltung und Scheinlösungen in der Agrarpolitik muss zudem offenbar der Initiativweg in Richtung Ökologisierung der Landwirtschaft weitergegangen werden, um irreparable Schäden für Gesundheit und Biodiversität zu verhindern. Auch zum Covid-19-Gesetz und dem Terrorismusgesetz beschlossen die Delegierten die Ja-Parole. Die Jahresrechnung und den Jahresbericht 2020 der Präsidentin genehmigten sie einstimmig. (dm)



Leitete die DV erneut online: Präsidentin Marianne Streiff

REFERENDUM EHE FÜR ALLE

VATERLOSIGKEIT



Die drei Komitees für ein Referendum gegen die «Ehe für alle» inklusive Samenspende haben der Bundeskanzlei im April fristgerecht rund 66 000 Unterschriften übergeben. Damit zeichnet sich ab, dass nach Bereinigung und Beglaubigung das Referendum zustande kommen dürfte.

Die Vorlage will die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnen. Über diese zivilrechtliche Gesetzesanpassung hinaus will sie jedoch auch lesbischen Paaren der Zugang zur Samenspende gewähren, die heute nur unfruchtbaren Ehepaaren er-

laubt ist. Diese verfassungswidrige Umdeutung des Begriffs «Unfruchtbarkeit» zu «unerfüllter Kinderwunsch» schafft Raum für weitergehende Forderungen in der Fortpflanzungsmedizin. Das überparteiliche parlamentarische Komitee «Nein zur Samenspende für gleichgeschlechtliche Paare» hatte deshalb das Referendum mitergriffen. Die Samenspende für gleichgeschlechtliche Paare macht die faktische Vaterlosigkeit zum gesetzlichen Regelfall, der für die ungezeugten Kinder Identitätsprobleme mit sich bringt. (rr)

Anzeige

IHRE PERSÖNLICHE TESTSTRATEGIE: 2 AUSGABEN KOSTENLOS PROBELESEN.

WWW.DOPPELPUNKT.CH

Seit 1925. Das Wochenmagazin mit relevantem Journalismus für ein sinnstiftendes Leben.
Jetzt den Doppelpunkt kostenlos und völlig unverbindlich kennenlernen!

GEMEINSAM FÜR KLIMASCHUTZ UND INNOVATION

Das neue CO₂-Gesetz setzt auf das Verursacherprinzip, steuert mit Lenkungsabgaben, unterstützt wichtige Klimaschutzprojekte mit dem Klimafonds und verteilt einen Grossteil der Abgaben zurück an die Bevölkerung. Das Gesetz erhält damit breite Unterstützung von Parteien sowie Umwelt- und Wirtschaftsverbänden. Die Erdöl- und Autolobby bekämpft mit dem Referendum das liberale und fortschrittliche Gesetz. Mit 96 zu 1 Stimmen sagten dagegen die Delegierten der EVP Schweiz ganz klar ja zum CO₂-Gesetz.

Mit dem neuen CO₂-Gesetz setzt die Schweiz Klimamassnahmen um. Für die Periode nach 2020 gilt nun das Pariser Klimaabkommen. Die Schweiz setzt sich das Ziel, die Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 um mindestens 50 Prozent zu senken. Dabei sollen Dreiviertel der Reduktion in der Schweiz selbst realisiert und nur ein Viertel durch Reduktionen im Ausland angerechnet werden. Mit der Flugticket-Abgabe wird neu auch der CO₂-Ausstoss durch internationale Flüge berücksichtigt. Da Emissionen auch durch importierte Waren und Dienstleistungen entstehen, will das revidierte CO₂-Gesetz diese sogenannten «grauen Emissionen» ebenfalls reduzieren.

Liberale Massnahmen nach dem Verursacherprinzip

Um die gesteckten Ziele zu erreichen, werden Lenkungsabgaben angehoben oder eingeführt. Dazu gehört die Erhöhung der CO₂-Abgabe auf fossile Brennstoffe wie Erdöl- und Erdgas. Werden die Reduktionsziele nicht erreicht, kann der Bundesrat die Abgabe auf bis zu 210 CHF pro Tonne CO₂ erhöhen (ca. 50 Rp. pro Liter Heizöl). Weiter wird eine Flugticketabgabe pro Flug und Person zwischen 30 CHF (Kurzstreckenflug) und 120 CHF (Langstreckenflug) verankert. Für Geschäfts- und Privatjets wird eine Abgabe bis 3'000 CHF fällig. Da die Emissionen aus dem Verkehr nach wie vor auf dem Niveau von 1990 verharren, müssen Importeure von fossilen Treibstoffen ab 2025 einen Teil dieser Emissionen mit Investitionen in Klimaprojekte in der Schweiz (z.B. Biogasanlagen) ausgleichen, wodurch Milliardeninvestitionen in der Schweiz ausgelöst werden. Die Importeure dürfen diese Kosten bis maximal 12 Rp. pro Liter Benzin (bisher max. 5 Rp.) auf die Konsumentinnen und Konsumenten überwälzen.

Verschärfte Vorschriften für Gebäude und Fahrzeuge

Ebenfalls ab 2025 werden die CO₂-Zielwerte für Neuwagen um 15 Prozent reduziert. Dies senkt den Treibstoffverbrauch, den CO₂-Ausstoss und schliesslich auch die Kosten für die Nutzenden.

Neubauten dürfen ab 2023 bzw. 2026 keine Emissionen aus fossilen Brennstoffen mehr ausstossen. Bei einem Heizungsersatz in bestehenden Bauten gilt eine Obergrenze für den CO₂-Ausstoss. Allfällige Mehrkosten werden vom Klimafonds mitfinanziert.

Energiewende löst Investitionen aus

Schon seit Jahrzehnten propagiert die EVP eine Abkehr von fossilen Energieträgern, nicht zuletzt auch wegen des enormen Mittelabflusses durch den Kauf von Öl und Gas aus oft zweifelhaften Regimes (Golfstaaten, Libyen, Russland etc.). Der Umbau unserer Energiesysteme fördert zweifellos Investitionen und Innovation in der Schweiz und schafft damit Arbeitsplätze. Rund ein Drittel der Erträge aus den Abgaben fliesst in den neu geschaffenen Klimafonds. Dieser setzt bewährte Fördermassnahmen wie etwa das Gebäudeprogramm fort und fördert allgemein klimafreundliche Investitionen. Dies stärkt nicht zuletzt Schweizer Firmen und steigert deren Innovationskraft.

Geringe Mehrbelastung für Haushalte

Mit dem revidierten CO₂-Gesetz zahlt sich klimafreundliches Verhalten aus. Wer wenig CO₂ verursacht, profitiert finanziell. Wer viel CO₂ verursacht, bezahlt mehr. Das Gesetz ist dabei fair und sozial ausgestaltet. Wer wenig Auto fährt, mit dem Zug in die Ferien geht und ökologisch heizt, wird profitieren, da rund zwei Drittel der Abgaben über die Krankenkassenprämien an die Bevölke-



Foto: pixabay.com

Lenkungsabgaben steuern nach dem Verursacherprinzip und belohnen klimaschonendes Verhalten.

zung zurückverteilt werden. Auf eine typische 4-köpfige Familie kommen jährliche Mehrkosten von rund 100 CHF dazu, die ganz dem Verursacherprinzip entsprechen und durch ökologisches Verhalten redu-

ziert werden können.

ROMAN RUTZ
GENERALSEKRETÄR EVP CH
roman.rutz@evppev.ch

WAS SPRICHT DAFÜR?

- **Jetzt handeln ist günstiger als Schäden zu reparieren:** In der Schweiz steigen die Temperaturen doppelt so stark an wie in anderen Ländern. Entsprechend teuer werden die Folgen des Klimawandels sein. Eine zu starke Erwärmung zu verhindern, kommt günstiger, als mit den Folgen zu leben.
- **Verursacherprinzip ist sinnvoll:** Lenkungsabgaben sind die effizientesten Massnahmen, um externen Kosten einen Preis zu geben. Die höheren Preise reduzieren den Ausstoss und die generierten Erträge können sinnvoll eingesetzt werden.
- **Klimafonds stärkt Schweizer Wirtschaft:** Die Investitionen aus dem Klimafonds helfen der Schweizer Wirtschaft, eine fossilfreie Zukunft zu ermöglichen. Dies schafft Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Schweiz.
- **Kosten steigen moderat:** Die Kosten für die Haushalte steigen moderat, erst recht, wenn klimaschädliches Verhalten reduziert wird.
- **Schweiz soll vorgehen:** Die Schweiz als reiches Land ist besonders verpflichtet, mit gutem Beispiel voranzugehen und den CO₂-Ausstoss drastisch zu senken. Insbesondere, da es sich langfristig sogar auszahlen dürfte.

TRINKWASSER OHNE PESTIZIDE UND ANTIBIOTIKA-RESISTENTE BAKTERIEN

Am 13. Juni stimmt die Schweizer Bevölkerung über die Trinkwasser-Initiative ab. Sie will nur noch Landwirte subventionieren, die ohne Pestizide und vorbeugende Antibiotika produzieren. Sie will Trinkwasser ohne Pestizide und antibiotikaresistente Bakterien, die als grösste gesundheitliche Bedrohung der Schweiz gelten. Die Delegierten der EVP Schweiz fassten an ihrer Online-DV im März mit 73 zu 28 Stimmen bei 14 Enthaltungen die Ja-Parole.

Die Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» (Trinkwasserinitiative) will die Bundesverfassung so ergänzen, dass Landwirtschaftsbetriebe nur noch Subventionen erhalten, wenn sie ohne Pestizide (Schädlingsbekämpfungsmittel) produzieren und wenn sie Antibiotika nicht mehr vorbeugend (prophylaktisch) einsetzen. Auch sollen sie einen Tierbestand halten, der mit dem auf dem Betrieb produzierten Futter ernährt werden kann.

Sorge ums Trinkwasser

Die Initiative wurde 2014 aus Sorge um die Trinkwasserqualität und die Zerstörung der Biodiversität ergriffen. Pestizide verursachen gesundheitliche Schäden bei Mensch und Tier und sind massgeblich am Artensterben beteiligt. Langfristige Folgen sind oft nicht bekannt. Pestizide, die in Gewässer oder ins Grundwasser gelangen, beeinträchtigen die Trinkwasserqualität über Jahre - verheerend, ist doch Trinkwasser für Mensch und Tier unverzichtbar und das wichtigste Lebensmittel überhaupt.

Grösste Gesundheitsbedrohung

Zudem werden durch den Einsatz von Antibiotika antibiotikaresistente Bakterien gefördert. Diese gelangen via Gülle und Mist auf landwirtschaftlich genutzte Flächen und so ins Trinkwasser. Die Eidgenössische Fachkommission für biologische Sicherheit hat diese resistenten Bakterien zur «grössten Bedrohung für die Gesundheit der Bevölkerung der Schweiz» erklärt.

Die Initiative erhielt starken Auftrieb, als im Frühjahr 2019 das Thema «Pestizide im Trinkwasser» vermehrt in die Medien gelangte, weil diverse vorgelegte Analyseberichte auf zu hohe Pestizidkonzentrationen im Trinkwasser hinwiesen.

Zahnloser informeller Gegenvorschlag

Im September 2019 kam die parlamentarische Initiative «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren» ins Parlament, die auch als «informeller Gegenvorschlag» zur Trinkwasser- und zur Pestizidinitiative angesehen wird. Dieser Vorstoss verlangt, dass die Risiken des Pestizideinsatzes bis 2027 um 50 Prozent gesenkt werden. Falls dies nicht gelingt, muss der Bundesrat Massnahmen ergreifen. Beide Räte nahmen schliesslich in der Frühjahrsession 2021 den Vorschlag ihrer Einigungskonferenz zu diesem Vorstoss an. Er gilt jedoch unter Kritikern als zahnlos.

Blockade der Ökologisierung

Trotzdem hat die Mehrheit des Nationalrates in derselben Session die Agrarpolitik 22+ «sistiert», mit welcher der Bundesrat die Landwirtschaft ökologischer und tierfreundlicher gestalten wollte. Damit blockierte das Parlament faktisch die dringend notwendige Ökologisierung. Die EVP-Ratsmitglieder stimmten mit der Minderheit gegen diese unverständliche Blockadepolitik, mit der die einmal mehr erfolgreiche Agrarlobby die dringend notwendige Neuausrichtung der Agrarpolitik um Jahre verzögert hat. Solange die Mehrheiten im Parlament diese dringend notwendige Ökologisierung der Landwirtschaft verhindern, scheint es notwendig, den Weg über die Initiativen weiterzugehen. Jährlich wird die Landwirtschaft mit rund 3.5 Milliarden Franken subventioniert.

Sorge um Ernährungssicherheit

Den Gegnern der Trinkwasserinitiative geht diese deutlich zu weit. Sie schade nicht nur der Schweizer Landwirtschaft sowie der Ernährungssicherheit der Schweiz, sondern erhöhe auch die Umweltbelastung im Ausland. Eine Studie von Agroscope kam zum Schluss, dass



Foto: pixabay.com

Unverzichtbares Lebensmittel für Mensch und Tier: Das Trinkwasser.

die Trinkwasserinitiative zwar die Biodiversität in der Schweiz leicht verbessern könnte. Insgesamt jedoch werde die Umweltbelastung vor allem durch zusätzliche Nahrungsmittelimporte aufgrund geringerer Ernteerträge zunehmen. Einheimische Produkte würden teurer. Die Befürworter bezweifeln diesen Effekt. Sie argumentieren, dass

auch die Futtermittelimporte deutlich reduziert würden und sehen ein sich änderndes Konsumverhalten der Bevölkerung, etwa im Hinblick auf den Fleischkonsum.

NIK GUGGER
NATIONALRAT EVP
nik.gugger@parl.ch

WAS SPRICHT DAFÜR?

- Trinkwasserqualität schützen:** Pestizide verursachen gesundheitliche Schäden bei Mensch und Tier und sind massgeblich am Artensterben beteiligt. Die langfristigen negativen Folgen sind oft gar nicht bekannt. Aufgrund von Pestiziden, die in Gewässer oder ins Grundwasser gelangen, wird die Trinkwasserqualität über Jahre beeinträchtigt. Trinkwasser ist unverzichtbar und das wichtigste Lebensmittel für Mensch und Tier.
- Grösste Gesundheitsgefahr für die Schweiz:** Antibiotikaresistente Bakterien werden durch den Einsatz von Antibiotika gefördert. Sie gelangen über die Gülle ins Trinkwasser. Die Eidg. Fachkommission für biologische Sicherheit erklärte sie zur «grössten Bedrohung für die Gesundheit der Bevölkerung der Schweiz». Eine Nutztierhaltung ohne vorbeugenden Einsatz von Antibiotika ist möglich.
- Anreize statt Verbot:** Die Initiative verbietet keine Pestizide, sondern hebt umweltschädigende Subventionen auf. Sie setzt damit Anreize zur ökologischen Produktion.

ZUM SCHUTZ VOR GESUNDHEITLICHEN RISIKEN UND GEGEN DAS BIENENSTERBEN

Am 13. Juni wird auch die Pestizid-Initiative dem Volk zur Abstimmung vorgelegt. Sie will synthetische Pestizide verbieten, um vor gesundheitlichen Risiken in Lebensmitteln und Trinkwasser zu schützen und den galoppierenden Verlust der Artenvielfalt zu stoppen. Allerdings haben Pestizide auch schwer schlagbare Vorteile. Die Delegierten der EVP Schweiz fassten mit 61 zu 42 Stimmen bei 11 Enthaltungen die Ja-Parole.

Die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» war 2018 mit mehr als 120 000 gültigen Unterschriften eingereicht worden. Sie will in der Bundesverfassung den Einsatz von synthetischen Pestiziden ausser in der Forschung in fast jedem Bereich verbieten. Ausserdem soll die Einfuhr von Lebensmitteln verboten werden, die synthetische Pestizide enthalten oder mit deren Hilfe hergestellt wurden. Die Initiative will die Bevölkerung vor gesundheitlichen Risiken schützen sowie den Rückgang der Biodiversität stoppen.

Pestizidcocktails im Grundwasser

«Synthetischen Pestizide» sind künstlich hergestellte Schädlingsbekämpfungsmittel. Es gibt auch natürliche Pestizide, wie z.B. Mikroorganismen, Bienenwachs oder Kupfer. Diese werden oft von Bio-Bauern verwendet und würden bei Annahme der Initiative weiterhin

erlaubt bleiben. Auf den Feldern versprühte synthetische Pestizide werden zum Teil durch den Regen gewaschen und gelangen in die Gewässer, in denen sich sogenannte Pestizidcocktails bilden.

44 gefährliche Wirkstoffe erlaubt

Diese Cocktails töten nicht nur Insekten und Kleinstlebewesen, sondern schädigen auch die Organismen von Vögeln, Amphibien und einzelnen Säugetieren irreparabel. Sie gelten auch für die menschliche Gesundheit als sehr schädlich. Laut Bundesrat sind heute 44 Wirkstoffe zugelassen, die vermutlich einen negativen Einfluss auf unser Erbgut haben, krebserregend sind oder die Fortpflanzungsfähigkeit negativ beeinflussen.

Gewichtige Vorteile

Neben diesen gravierenden Nachteilen der synthetischen Pestizide gibt es auch klare Vorteile: Synthetische Pestizide schützen Pflanzen sehr effektiv und sichern die Quali-



Foto: pixabay.com

Den galoppierenden Verlust der Artenvielfalt stoppen.

tät der Lebensmittel. Sie werden nicht nur vorsorglich eingesetzt, sondern auch bei bereits befallenen Pflanzen. Nur durch den Einsatz von synthetischen Pestiziden, argumentieren die Gegner der Initiative, kann die Schweiz genügend Lebensmittel produzieren, um ihren Eigenversorgungsgrad zu sichern. Der Bauernverband etwa warnte, dass der Eigenversorgungsgrad bei Annahme der Initiative von 58 Prozent auf 42 Prozent zurückgehen würde. Synthetische Pestizide sind somit laut den Initiativgegnern nur schwer zu ersetzen, schädigen jedoch andererseits Umwelt und Mensch erheblich und gefährden das Ökosystem sowie die Biodiversität. Natürliche Pestizide sind jedoch oft für die Um-

welt ebenfalls problematisch und teilweise für Insekten sogar gefährlicher als synthetisch hergestellte.

Zahnloser informeller Gegenvorschlag

Die Ratsmitglieder der EVP hatten sich für die Initiative ausgesprochen, weil ihnen ein Gegenvorschlag fehlte. In der Frühjahrssession schliesslich hatten die Räte die parlamentarische Initiative «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren» beschlossen. Sie wird als «informeller Gegenvorschlag» zur Initiative und zur Trinkwasserinitiative angesehen, gilt jedoch als zahnlos.

KOMMUNIKATION EVP CH
info@evppev.ch

WAS SPRICHT DAFÜR?

- **Gegen Insektensterben:** Pestizide bauen sich nur langsam ab. Sie gelangen in die Nahrungskette und beeinträchtigen Flora und Fauna. Besonders stark betroffen sind Insekten. Das schnelle Bienen- und Insektensterben muss konsequent gestoppt werden.
- **Für den Schutz der Bevölkerung:** Das Verbot soll vor gesundheitlichen Risiken schützen, die durch Pestizidrückstände in Lebensmitteln und Trinkwasser entstehen können. Lebensmittel sollen unbedenklich und frei von giftigen Pestiziden konsumiert werden können,
- **Abwarten ist keine Option:** Wasserversorger schlagen wegen zu hoher Pestizidkonzentration im Trinkwasser Alarm. Der Biodiversitätsverlust ist galoppierend. Der informelle Gegenvorschlag des Parlaments wird diesen Problemen nicht gerecht.
- **Kein Wettbewerbsnachteil für Schweizer Produzenten:** Da auch der Import von Lebensmitteln mit Pestiziden verboten wird, werden Schweizer Produzenten gegenüber ausländischer Konkurrenz nicht benachteiligt.

TERMINE 2021

- 07.05. Club-1000-Anlass, **leider abgesagt!**
- 31.05. - 18.06. Sommersession des eidgenössischen Parlaments
- 05.06. EVP-Frauentagung
- 13.06. Eidgenössische Abstimmung
- 19.06. Delegiertenversammlung

PRÄVENTIVE MASSNAHMEN FÜR DIE SCHWEIZERISCHE TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

Am 13. Juni stimmt die Schweiz auch über das neue Terrorismusgesetz ab. Es soll das Instrumentarium der Schweiz in der Terrorismusbekämpfung durch präventive Massnahmen der Polizei gegen Gefährderinnen und Gefährder ergänzen. Die Gegner fürchten zu starke Eingriffe in grundsätzliche Menschenrechte. Die Delegierten der EVP Schweiz sprachen sich mehrheitlich (59/30/11) für das Gesetz aus.

Der Dschihadistisch motivierte Terrorismus ist auch in der Schweiz eine Realität. Mit dem Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) soll die Polizei für den Umgang mit Personen, von denen eine terroristische Gefährdung ausgeht, mehr Möglichkeiten erhalten. Es ergänzt das Instrumentarium der Schweiz in der Terrorismusbekämpfung durch präventive Massnahmen der Polizei. Diese sollen dann zum Einsatz kommen, wenn das Strafrecht nicht greift, weil die strafbare Handlung noch nicht begangen worden ist. Sie nehmen damit sogenannte Gefährder ins Visier. Das sind nach dem Gesetz Personen, bei denen aufgrund konkreter und aktueller Anhaltspunkte davon ausgegangen werden muss, dass sie eine terroristische Aktivität ausüben werden. Ihnen kann das Bundesamt für Polizei (Fedpol) dann zum Beispiel Meldepflichten oder die Pflicht zur Gesprächsteilnahme auferlegen, ebenso Kontakt- und Rayonverbote, Hausarrest oder Ausreiseverbote.

Erst Alternativen ausschöpfen

Diese präventiven Massnahmen sind dabei subsidiär gedacht, das heisst, sie dürfen nur dann angewendet werden, wenn die Gefahr, die von einer radikalisierten Person

ausgeht, nicht mehr mit therapeutischen, integrativen oder anderen Massnahmen abgewendet werden kann. Die Polizei benötigt für den Umgang mit terroristischen Gefährdern zusätzliche Instrumente, um terroristische oder extremistische Gewaltstraftaten präventiv bekämpfen zu können. Die Massnahmen zielen insbesondere auch darauf ab, radikalisierte und als gefährlich eingestufte Personen an einer Reise in Konfliktgebiete zu hindern.

Referendum wegen rechtsstaatlicher Bedenken

Das Referendum dagegen wurde unter anderem von verschiedenen Jungparteien aus grundsätzlichen, rechtsstaatlichen Erwägungen ergriffen. Die im neuen Polizeigesetz vorgesehenen Massnahmen wie elektronische Überwachung, Kontaktverbot, Ausreiseverbote und Hausarrest würden grundlegende Menschenrechte massiv einschränken - und dies zum Teil nicht angeordnet von einem Gericht, sondern lediglich von der Bundespolizeibehörde auf blossen Verdacht hin. Dies verletze die Europäische Menschenrechtskonvention. Die vorgesehene Altersgrenze von 12 bzw. 15 Jahren bei Hausarrest verstosse zudem gegen die Uno-Kinderrechtskonvention. Ein Gutachten des Bundes und der Kantone kamen hier jedoch zu



Foto: pixabay.com

Präventive Massnahmen für die Polizei gegen Gefährderinnen und Gefährder

anderen Schlüssen. Auch erwidern die Befürworter, dass die international agierende Fedpol nur auf Basis von konkreten Anhaltspunkten und nur bei tatsächlich vorhandener Gefahr agieren würde.

Bundesrat, Nationalrat (112:84) und Ständerat (33:11) hatten das Gesetz

angenommen. Auch die drei Nationalratsmitglieder der EVP stimmten für das Gesetz.

MARIANNE STREIFF
NATIONALRÄTIN EVP

marianne.streiff@parl.ch

WAS SPRICHT DAFÜR?

- **Ganzheitliches Bedrohungsmanagement:** Die neuen Massnahmen verankern gesetzlich ein ganzheitliches Bedrohungsmanagement von Bund und Kantonen. So ist es möglich, auch in komplexen Situationen eine geeignete Massnahmenkombination einzusetzen, um einer Radikalisierung entgegenzuwirken.
- **Gesetzliche Grundlage für Präventivmassnahmen:** Dschihadistisch motivierter Terrorismus ist in der Schweiz eine Realität. Mit diesen gesetzlichen Grundlagen kann die Polizei terroristische oder extremistische Gewaltstraftaten präventiv bekämpfen.
- **Soziale Massnahmen zuerst:** Erst wenn soziale, integrative oder therapeutische Massnahmen nicht ausreichen, um die von einer radikalisierten Person ausgehende Gefahr zu verhindern, dürfen diese polizeilichen Präventivmassnahmen angeordnet werden.
- **Umfassendes Abwehrdispositiv:** Das neue Gesetz füllt Lücken in den Bereichen Prävention und Schutz. Damit verfügt die Schweiz über ein umfassendes Abwehrdispositiv gegen den Terrorismus.

Anzeige

PROSPERITA

Die christlich-ethische Pensionskasse



Michèle Moser
kingnature AG



Marco Führer
Burn & Künzi AG



Jasmin Hirschi
Christliche Schule
Bern



Roman Rutz
Evangelische
Volkspartei (EVP)

Die Pensionskasse für Unternehmen, Organisationen und Kirchgemeinden, denen eine christlich-ethische Vermögensanlage am Herzen liegt.

www.prosperita.ch

KANTON SOLOTHURN



GEWINNE UND VERLUSTE

Nachdem 2017 der einzige Kantonsratssitz nur knapp verteidigt werden konnte, trat die EVP Kanton Solothurn vier Jahre später in drei von fünf Amteien und sogar mit einer *jevp-Liste an. Insgesamt kandidierten 52 Persönlichkeiten, so viele wie noch nie, für die EVP Kanton Solothurn. In Olten-Gösigen konnte aus eigener Kraft der Sitz von André Wyss verteidigt, in Solothurn-Lebern die Stimmenzahl verdoppelt und im Wasseramt-Bucheggberg nach längerer Abwesenheit ein

Wähleranteil von 1.5 % erzielt werden. Weniger erfolgreich verliefen kurze Zeit später die Gemeinderatswahlen. In den drei Städten Olten (-1%), Grenchen (-1%) und Solothurn (-0.3%) verlor die EVP innerhalb von sechs Wochen deutlich an Wähleranteilen und so konnte einzig der Sitz von Beat Bachmann in Olten verteidigt werden.

**ELIA LEISER, PRÄSIDENT
EVP KANTON SOLOTHURN**
info@elialeiser.ch



v.l.n.r.: André Wyss, Lydia Siegenthaler, Jasmin Guggisberg, Nathan Graf, Elia Leiser

KANTON GRAUBÜNDEN



NEUES WAHLRECHT?

Am 13. Juni wird im Kanton Graubünden über ein neues Wahlsystem für das Kantonsparlament abgestimmt. Seit 1937 waren acht derartige Versuche in der Volksabstimmung chancenlos. Diesmal ist jedoch nicht eine Volksinitiative, der Auslöser, sondern ein Bundesgerichtsurteil. Zur Klägerschaft gehörten auch die EVP-Mitglieder Gertrud Ernst (Gründungsmitglied der EVP Graubünden), Christian Thomann (Landratspräsident Davos 2021) und Gabi Nievergelt (Prä-

sidentin) sowie die EVP Graubünden. Seit Jahrzehnten hatten drei Parteien mit dem Majorz – mehrheitlich mit Kleinstwahlkreisen – ihre Macht zementiert. Sie haben nun unter grossem Druck Hand geboten zu einem Pukelsheim-Modell mit kantonsweitem 3%-Mindestquorum und Kleinstwahlkreisen.

**MICHAEL STRAUB,
EVP GRAUBÜNDEN**
info@evp-gr.ch



Gibt es bald ein neues Wahlrecht für den Graubünder Landrat?

KANTON AARGAU



100. GEBURTSTAG

Zwei Jahre nach der Gründung der EVP Schweiz konnte im Aargau eine Kantonssektion ins Leben gerufen werden. Ihr gingen in den Jahren 1920 und 1921 die Gründungen diverser Ortsparteien voraus. Auslöser für diese Gründungswelle im Rüblieland war die Änderung des Wahlsystems für den Grossen Rat. Mit dem Proporz statt dem Majorz hatten auch die kleineren Parteien plötzlich die Möglichkeit, ihre Leute (damals nur Männer) in den Grossen Rat zu bringen.

Am 28. August 2021 können wir nun unseren 100. Geburtstag im Grossratsgebäude in Aarau mit geladenen Gästen und Mitgliedern feiern. Alle Aargauer EVP-ler und EVP-lerinnen sind mit ihren Familien und Freunden herzlich eingeladen!

PETER RYTZ, VIZE-PRÄSIDENT
rytz_peter@bluewin.ch



Die EVP Aargau lädt zum 100. Geburtstag ins Grossratsgebäude.

KANTON NEUENBURG



WIEDERBELEBUNG

Im April standen im Kanton Neuchâtel Erneuerungswahlen an. Die EVP besteht dort zwar schon seit 15 Jahren, aber ein Quorum von 10 Prozent pro Bezirk hatte im Laufe der Zeit viele aktive Mitglieder im Kanton entmutigt. 2021 galt jedoch neu ein Quorum von 3 Prozent für einen einzelnen Wahlbezirk. In Rekordzeit stellten wir eine Liste mit 6 Kandidaten, Männern und Frauen, jungen und erfahrenen, zusammen, verschickten 2'000 Flyer und fuhren eine Kampagne auf Social Media.

Wir hatten auf ein überzeugenderes Ergebnis als die erreichten 0,66 Prozent gehofft. Aber die Hauptsache ist, dass wir während dieser Wahlkampagne viele positive, manchmal spontane Kontakte mit Sympathisanten hatten, die von der Idee der Wiederbelebung der EVP Neuchâtel begeistert waren. Das werden wir nicht vergessen!

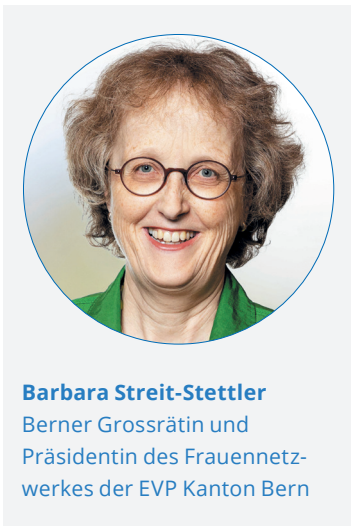
**PHILIPPE SIRAUT,
CHARGÉ DE PROJETS ROMANDIE**
philippe.siraut@evppev.ch



In Rekordzeit zusammen: Die EVP-Liste für die Erneuerungswahlen.

«WIR WOLLEN FRAUEN AUS DER RESERVE LOCKEN»

Trotz Pandemie laden die EVP-Frauen Schweiz am 5. Juni 2021 wieder zur Frauentagung ein. Um ihre zentrale Impuls- und Networking-Plattform corona-konform durchführen zu können, wird das Format kreativ und zeitgemäss angepasst. Warum solche Veranstaltungen für Frauen – auch innerhalb der EVP – wichtig sind, erklärt OK-Mitglied Barbara Streit-Stettler.



Barbara Streit-Stettler
Bernere Grossrätin und
Präsidentin des Frauennetz-
werkes der EVP Kanton Bern

Barbara, wie kamst du in die Politik?

Von zuhause bekam ich mit, dass Politik etwas Spannendes und Wichtiges ist. Als 9-Jährige hopste ich vor Freude am Radio herum, als ich hörte, dass das Frauenstimmrecht angenommen worden ist. Ende der 80er-Jahre wurde ich gefragt, ob ich für die EVP kandidieren wolle. Ich muss gestehen, dass ich, ohne viel zu überlegen, einfach zusagte.

Es gibt Stimmen, die sagen, dass heutzutage eine spezielle Förderung für Frauen nicht mehr nötig sei. Wie siehst du das?

Innerhalb der EVP leisten Frauen unglaublich viel Arbeit im Hintergrund: Sie sind tragend für die Basisarbeit in der Ortsgruppe und für den Zusammenhalt, sie organisieren Veranstaltungen, schreiben Zeitungsartikel und werben neue Mitglieder. Geht es aber um prestigeträchtige Ämter wie zum Beispiel ein Kantonsratsmandat, sind jedoch die Männer auch heute noch in der Mehrheit.

Ist das nicht eine Frage der Zeit, bis das von selbst geschieht?

In den letzten 50 Jahren ist das offenbar nicht gelungen. Bei der *jevpe habe ich beispielsweise den Eindruck, dass junge Männer Ehrgeiz

entwickeln und vorwärtskommen wollen, während sich starke und fähige Frauen immer noch eher im Hintergrund halten. Die Fraktionen in Kantonsparlamenten wie Basel-Stadt zeigen schon heute, dass es auch anders geht.

Auch Frauen innerhalb der EVP sind skeptisch gegenüber Quoten. Was hältst du davon?

Die Erfahrung zeigt, dass die Listengestaltung bei Wahlen eine grosse Rolle spielt. Wenn die EVP Frauen in politischen Ämtern will, braucht es nicht nur viele Frauen auf der Liste, sondern ebenso gute oder bessere Listenplätze. Dies hat sich einmal mehr im Kanton Neuenburg gezeigt, wo bei den Wahlen im April 2021 erstmals die Frauen in einem Kantonsparlament die Mehrheit erreicht haben.

Geht es also darum, dass die Frauen die Mehrheit erobern?

Nein, das ist nicht unser Ziel. Es geht darum, dass Frauen in den Fraktionen angemessen vertreten sind und dass Männer und Frauen auf Augenhöhe und in respektvoller Zusammenarbeit die EVP-Politik gemeinsam gestalten. Dies trägt dazu bei, dass sich unsere Wählerinnen in den politischen Entscheidungsgruppen vertreten fühlen. Wir können es uns schlicht nicht leisten, auf das Potenzial der Frauen zu verzichten. Auch die Arbeiten im Hintergrund müssen auf beide Geschlechter verteilt werden.

Als EVP-Frauen Schweiz führt ihr am 5. Juni die dritte Frauentagung durch. Was wollt ihr erreichen?

Die Frauen sollen sich fit machen können für die Politik. Wir wollen sie stärken, anspornen – und auch aus der Reserve locken. Sie sollen etwas erleben, sich schulen und sich von der Lust auf Politik anstecken lassen. Ganz wichtig sind dabei auch die Begegnung und Vernetzung untereinander. Aus eigener Erfahrung weiss



Die Frauentagung will vernetzen, aber vor allem auch ermutigen, inspirieren und Impulse geben.

ich, wie motivierend es ist, Politikerinnen persönlich kennenzulernen und sich mit anderen Frauen auszutauschen.

INTERVIEW: SUSANNE GUTBROD
sud@gutbrod-kunkler.ch

WEIL ICH ES WERT BIN!

Frauen befinden sich in einem «Spagat zwischen Hingabe und sozialer Sicherheit», wie es im Untertitel zur diesjährigen EVP-Frauentagung am Samstag, 5. Juni 2021, heisst. Mehrere Impulsreferate informieren am Vormittag fundiert über die Funktionsweise unserer Sozialversicherungen, über das grossartige Sicherungssystem wie auch über die Tücken und Schwierigkeiten, die aufgrund von Teilzeitarbeit und beruflichem Ausstieg von Frauen entstehen.

Am Nachmittag simulieren die Teilnehmerinnen politische Prozesse und üben sich in der Meinungsbildung und Debatte. Sie machen sich dabei Gedanken darüber, wie ein Sozialsystem aussehen müsste, das die Care-Arbeit von Frauen positiv wertet. In

einem virtuellen Plenum werden die Ergebnisse zusammengetragen und vorgestellt.

Wegen der Covid-Situation wird die Tagung als Online-Konferenz in Aarau durchgeführt. Die Frauen können je nach Wunsch von zuhause aus am Bildschirm oder physisch an einer nach den Richtlinien des BAG gestalteten Satelliten-Gruppe in Lausanne, Bern, Frick, Aarau oder Winterthur teilnehmen (inkl. Picknick über Mittag im Freien). Zum Abschluss um 16.00 Uhr treffen sich die Teilnehmerinnen zum Ladies' Talk mit Anstossen am Bildschirm oder virtuellem Speed-Dating am Bildschirm.

Anmeldung und Information: www.evpev.ch/Frauentagung. Vorkenntnisse sind für eine Teilnahme nicht erforderlich.